

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **78 (2000)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

In Emmen wurde vor dem Stimm- und Wahlwochenende offiziell von der Gemeinde ein Büchlein verschickt, das beinahe einem Fotoalbum glich, wären da nicht die persönlichen Daten neben dem Passfoto gewesen. Das Büchlein galt als staatsbürgerliche Vorbereitung der Stimm- und Wahlberechtigten, damit diese sich (scheinbar) informieren konnten, um dann an der Urne die Leute hinter den Passfotos mittels ihrer Stimme einzubürgern oder abzulehnen. Eine Mehrheit der Emmener stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger lehnten die Einbürgerung der so zur Schau gestellten Mitbewohnerinnen und Nachbarn ab. Die Mehrheit durfte entscheiden, wer zur Gemeinde gehören soll und wer nicht. Emmen macht(e) deutlich, dass die Demokratie mit diesem menschenrechtswidrigen Verfahren an ihre Grenzen gestossen ist.

Was Demokratie ist, scheint vordergründig allen politisch Interessierten klar zu sein; hintergründig wird jedoch innenpolitisch um die Regeln und Feinheiten der Demokratie gefeilscht und nach aussen die eigene Spielform der Demokratie als die beste aller möglichen verteidigt. Regula Stämpfli nennt einige Stichworte aus der Fülle der Definitionsversuche: Volkssouveränität, Gleichheit, Freiheit, Partizipation, etc. Sie verdeutlicht in ihrem Artikel, dass jedes Stichwort für eine politische Ausrichtung und deren Kerninteressen. Der Frage nach der europäischen Demokratie bzw. nach dem Verhältnis zwischen EU und direkter Demokratie gehen Lukas Gresch-Brunner und Urs Hänsenberger nach. Ihr Fazit: Die Schweizer Demokratie wird von einem EU-Beitritt auch profitieren, und sie wird demokratiepolitisch auf die EU Einfluss nehmen können. Hans-Jakob Mosimann untersucht in seinem Text das Zusammenspiel zwischen Demokratie und Grundrechte näher, beschreibt das risiko- und konfliktreiche Verhältnis und plädiert für die öffentliche Auseinandersetzung, wo immer die Grundrechte von der Demokratie (oder umgekehrt) tangiert werden. Wie stark eine Demokratie sei, so eine landläufige Meinung, liesse sich an der Mitbestimmung des einzelnen/der einzelnen messen. Derek Reed – ausnahmsweise im englischen Originaltext – zeigt die Möglichkeiten der Mitbestimmung innerhalb der WTO auf; Hans Baumann greift die Strategien der europäischen Betriebsräte auf und vergleicht diese mit den weiterhin eher stagnierenden betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schweizer Konzerne; Markus B. Meier zeigt schliesslich auf, dass wer Aktien besitzt noch keine Demokratisierung in der Wirtschaft unterstützt (entgegen allen Unkenrufen aus Freienbach/SZ). Zu weiteren Voraussetzungen einer demokratischen Mitbestimmung auf der politischen Ebene nimmt Walter Joos Stellung. Er plädiert für den runden Tisch, der auf der Diskursethik aufbaut und das urdemokratische Anliegen «one man, one vote» ins 21. Jahrhundert hinüberrettet. Freiheit statt Sozialismus – das Pamphlet, das wie eine wissenschaftliche Abhandlung daherkommt macht deutlich, wohin das ahistorische Denken eines Christoph Blocher und seiner SVP hinführt. Blocher's Vorwurf, dass die SP von der Überwindung des Kapitalismus träumt und «damit letztlich die Aufhebung von Privateigentum und Marktwirtschaft» (TA vom 14. Juni 00) will, wird auch nicht wahrer, wenn er sie noch lauter und unpräziser vertritt. Ferdinand Troxler hält diesem Blocher'schen Votum: Freiheit statt Sozialismus einen freien Sozialismus entgegen.

Die Redaktion